Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 29 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabatt entfällt, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenaufträge aller Art nehmen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 117 — 90. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 22. Mai 1931

Rund um den Genfer See.

In Genf werden die Delegationsführer sich beim Abschied gegenseitig bescheinigen, wie glorreich sie wieder einmal dafür sorgten, daß dem einen Kind, Europas Frieden genannt, nicht die geringste Feder aus seinen Flügeln ausgerupft wurde. Allerdings mag dies Knäblein ein merkwürdiges Gesicht dazu geschnitten haben, wie man in Genf die schlimmste Friedensbedrohung, nämlich die Nichtabrüstung der in Waffen starrenden Staaten Europas, behandelt hat. Da stellte Dr. Curtius den Antrag, daß diese Waffen und die Menschen, die sie im Ernstfall zu führen haben, erst mal wirklich und genau — gezählt werden sollen, wenn man tatsächlich eine genaue Unterlage für die Bemessung der Abrüstung schaffen, wenn man — überhaupt abrüsten will. „Very much indeed" sagte der Engländer, „très bien", der Franzose, „bellissimo" Herr Grandi aus Rom, — und auf deutsch heißt das alles: „Ganz ausgezeichnet!" Worauf dann aber in jenen verschiedenen Sprachen, aber in sonst übereinstimmenden Sätzen gleich noch hinzugefügt wurde, der deutsche Vorschlag sei zu gut, allzu ausgezeichnet, so daß man — gar nicht darauf eingehen könne. In diesem „Kind'schen Spiel" um die oder vielmehr mit der Abrüstung liegt wirklich kein Sinn, oder höchstens der, daß man nach wie vor eben mit der feierlich verbrieften und gesiegelten Abrüstungsverpflichtung spielen will. Der Vertreter Südslawiens mit dem konsonantenreichen Namen Marinkowitsch und dem bemerkenswert schlechten Benehmen äußerte in rauhem, aber herzlichem Kriegerton, Mitteilungen über den Stand der Rüstungen entsprechend dem deutschen Vorschlage seien überhaupt eine Preisgabe der militärischen Geheimnisse, seien Landesverrat!

Sonst ging es in Genf mit aller Höflichkeit, unter dieser Oberfläche jedoch desto stürmischer zu, und der deutsche Außenminister Dr. Curtius hatte ebensowenig als Delegationsführer wie als Ratspräsident leichte Tage. Und nicht gerade selten auch allerhand Tänze, namentlich mit den Franzosen. Die waren nicht gerade angenehme Tanzpartner. Namentlich Briand nicht. Meist saß und sah er griesgrämig beiseite, aber sein Vertreter und mutmaßlicher Nachfolger am Quai d'Orsay, dem Auswärtigen Amt, Herr Poncet — einst als Beauftragter des Comité des forges sehr eifrig bei der Ausbeutung des „eroberten" Ruhrgebiets beteiligt, war desto eifriger an der Arbeit, für den Frieden Europas dadurch zu sorgen, daß er Deutschland und Österreich möglichst viele Steine in den Weg warf. Man braucht von dem praktischen Ergebnis privater Ministerkonferenzen in Genf vom deutschen Standpunkt aus nicht viel zu halten, aber, — man vermißt doch ungern dieses geheimnisvolle und geheimnistuerische gegenseitige Besuchen. Das ist so eine Art politischen Barometers und es stand gar oft auf Sturm, wofür ein äußeres Zeichen, wofür der Zeiger auch die Tatsache war, daß sich Dr. Curtius und Briand erst fast eine Woche nach ihrem Eintreffen in Genf besuchten. Angeblich wegen Besprechungen über die Geschäftslage und den Verhandlungsgang auf der Konferenz. Aber sie werden sich wohl über ein bißchen mehr, über wichtigere Dinge unterhalten haben. Nämlich darüber, was denn nun eigentlich praktisch geschehen soll, um Europas Wirtschaftsnot anzupacken. Man behauptet jetzt in Paris, dieser gegenseitige Besuch habe zur „Klärung der Atmosphäre" beigetragen. Sehr schön, — nur waren nicht wir Deutsche daran schuld, daß in dieser Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich sehr rasch ein Gewitter aufzog, rednerische Blitze herniederzuckten und der Donner von Parlamentsentschließungen grollte.

Auch von Berlin aus, und zwar aus einem dem Außenminister dazu noch parteipolitisch nahestehenden Organ, zuckt ein Blitz auf Dr. Curtius hernieder, der den Zweck hatte, den Minister schleunigst zur Niederlegung des Amtes zu veranlassen, weil er in Genf Niederlage auf Niederlage erlitten, besonders nicht verhindert habe, daß der Völkerbundrat „beschloß", sich über das Zollunionsprojekt die politische Entscheidung vorzubehalten und bis zur Stellungnahme des Rates jede weitere Verhandlung zwischen Deutschland und Österreich für unstatthaft zu erklären. Auch sonst müsse Deutschland sein Verhältnis zum Völkerbund „überprüfen", weil wir die Fußtritte nicht mehr ertragen, die uns der Völkerbund versetze. Außerdem sei das Kabinett Brüning an sich schon innenpolitisch schwer gefährdet und die Beigleitung des Reichskanzlers durch den jetzigen Außenminister nach Chequers gefährde die „Autorität" Doktor Brünings. Darauf ist halbamtlich eine ziemlich schroff formulierte Antwort erfolgt, in der betont wird, solch ein Beschluß des Völkerbundrats existiere gar nicht und wenn sich ein paar Vertreter eine spätere politische Behandlung der Zollunionsfrage vorbehalten hätten, so wäre Dr. Curtius dem sofort und mit aller Deutlichkeit entgegengetreten: Deutschland werde da einfach nicht mitmachen. Das entspricht auch den Tatsachen und so darf man wohl diesen Artikel, der in der politischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte — übrigens auch an den Gestaden des Genfer Sees — als das erste Wetterleuchten des unvermeidbaren innenpolitischen Gewitters betrachten. Nach Pfingsten wird es ja wohl donnern und blitzen an diesem Teil des politischen Himmels.

Für die Schiedsgerichtsbarkeit

Unterzeichnung der „Generalakte" in Genf.

Deutschland nicht beteiligt.

Im Völkerbundrat fand heute die feierliche Bekanntgabe der Unterzeichnung der Generalakte des Völkerbundes über die allgemeine schiedsgerichtliche Regelung internationaler Konflikte statt. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Indiens erklärten ihren Beitritt zur Generalakte. Der französische und der englische Außenminister benutzten die Gelegenheit, um die Generalakte als ein bedeutungsvolles Instrument des Friedens zu erklären. Die Generalakte sieht eine schiedsgerichtliche Regelung aller politischen und rechtlichen Konflikte vor und bestimmt hierbei, daß in dem Artikel 28 politische Konflikte auf der Grundlage des Rechtes zu lösen seien.

In maßgebenden deutschen Kreisen wird die Auffassung vertreten, daß die Unterzeichnung der Generalakte für Deutschland untragbar und gefährlich sei. Man sieht in dieser Generalakte eine neue Bestätigung der Deutschland auferlegten Kriegsverträge, da die Generalakte die internationalen Verträge als die Rechtsgrundlage politischer Interessenkonflikte anerkennt und somit auf der Grundlage der Generalakte ein internationaler Konflikt Deutschlands mit einem anderen Staat zwangsläufig nach den bestehenden internationalen Verträgen behandelt würde. Von deutscher Seite wird jedoch gefordert, daß die schiedsgerichtliche Entscheidung eines internationalen Konflikts nur auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der Billigkeit und der Gleichberechtigung aller Staaten erfolgen muß.

Deutschland hat sich seit Jahren weitgehend für den Ausbau des Schiedsgerichtsgedankens eingesetzt und bereits mit den meisten Nachbarstaaten Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, muß jedoch die Generalakte ablehnen, weil darin eine unleugbare Festlegung auf die internationalen Verträge als der Rechtsgrundlage für die Regelung politischer Konflikte vorgenommen wird.

Der Völkerbundrat hat ferner das Abkommen über die Schaffung der Internationalen Landwirtschaftlichen Hypothekenbank angenommen, er genehmigte die Entsendung einer Dreierkommission nach Liberia, die Vorschläge für die finanzielle Sanierung des Landes und die Abschaffung der Sklaverei ausarbeiten soll. Weiter beschloß der Rat, das von einem Sonderausschuß ausgearbeitete Abkommen über die kriegsvorbeugenden Mittel sämtlichen Mitgliedsstaaten zu übersenden. Das Abkommen soll im September zur Unterzeichnung ausgelegt werden.

Ein deutlicher Wink.

In Genf ist der deutsch-österreichische Plan einer Zollunion von zwei Instanzen behandelt worden. Der sogenannte Europaausschuß besprach die wirtschaftspolitische Seite der Frage, der Völkerbundrat die juristische. Schließlich hat man sich dahin geeinigt, den Plan an den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu überweisen, der untersuchen soll, ob die geplante Zollunion irgendwelche Verträge verletzt.

In Genfer Völkerbundkreisen wird nun darauf hingewiesen, daß bei einigen Delegationen, namentlich der französischen, die Absicht besteht, ganz unabhängig von dem Spruch des Haager Schiedsgerichtshofes über den Abschluß der Zollunion eine politische Entscheidung herbeizuführen. Hierzu wird deutscherseits erklärt, daß Deutschland sich an einer etwaigen politischen Aussprache über den Zollunionsplan auf der im Herbst stattfindenden Ratstagung nicht beteiligen werde.

Auf den in politischen Kreisen aufgetauchten Gedanken, angesichts der Dringlichkeit des deutsch-österreichischen Wirtschaftsproblems unmittelbar nach Vorliegen des Haager Gutachtens deutscherseits die Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung zu beantragen, wird von zuständiger Stelle erwidert, daß sich angesichts der Kürze der Zeit, die nach dem Vorliegen des Gutachtens noch bis zur Herbsttagung verbleibt, ein derartiger Antrag nicht lohnen würde. Die Ausarbeitung des wahrscheinlich sehr umfangreichen Gutachtens werde voraussichtlich ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen, so daß bestenfalls vier Wochen vorher ein derartiger Antrag gestellt werden könnte.

*

Henderson nimmt an.

Henderson teilte im Völkerbundrat mit, daß Macdonald ihn telegraphisch ermächtigt habe, die Präsidentschaft auf der Abrüstungskonferenz anzunehmen.

*

Der französische „Konstruktivplan" ins Wasser gefallen.

Das Ergebnis des Europa-Ausschusses: Neue Ausschüsse.

Der Europa-Ausschuß hat seine wirtschaftspolitischen Verhandlungen durch Annahme eines Arbeitsprogramms abgeschlossen, das lediglich die Einsetzung neuer Unterausschüsse vorsieht, nachdem in den vorhergehenden Verhandlungen sich schwerwiegende wirtschaftspolitische Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Mächten ergeben hatten. Der Ausschuß hat also seine diesmalige Tagung ohne praktische Ergebnisse beendet, so daß also von dem angekündigten Wirtschaftsplan der französischen Regierung so gut wie gar nichts übrig geblieben ist.

Wie zu erwarten war, hat sich damit der große Vorschlag der französischen Regierung, der sogen. Konstruktivplan, der die deutsch-österreichische Zollunion überflüssig machen sollte, als ein gänzlicher Fehlschlag erwiesen.

Das Kernstück der französischen Vorschläge, endlich eine gemeinsame Sonderhilfe für Österreich zu schaffen, ist zusammengebrochen, weil die österreichische Regierung es abgelehnt hat, zum Gegenstand einer Sonderregelung des Europa-Ausschusses gemacht zu werden.

Die deutsch-österreichische Zollunion

wird in den Ausschußverhandlungen nicht weiter behandelt werden, da das deutsch-österreichische Protokoll als ein Sonderabkommen zwischen zwei Staaten nicht in den Rahmen des Europa-Ausschusses hineingehört.

*

Benesch will den deutsch-österreichischen Zollplan „erweitern".

Prag, 22. Mai. Das Prager Tageblatt bringt eine Unterredung seines Genfer Berichterstatters mit Außenminister Benesch. Benesch führt aus, er begnüge sich mit dem negativen Ausgang der Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Pakt nicht, sondern habe die Absicht, den Plan in größerem Rahmen zu erweitern und dadurch schöpferisch zu machen. Er sei überzeugt, daß die gefährliche wirtschaftliche und politische Unruhe, die ganz Mitteleuropa — nicht bloß Deutschland — ergriffen habe, einen Stillstand der Bemühungen zum Zusammenwirken nicht mehr dulde und daß es nun Aufgabe der zu diesem europäischen Kreise gehörigen Staaten sei, die Initiative zu ergreifen. Frankreich werde einer solchen Methode größerer Regionalzusammenschlüsse, die sich nie gegen Deutschland richten dürften oder richten würden, nicht bloß seine Sympathie sondern auch außerordentlich materielle Mittel zur Verfügung stellen.

*

Der ungenügende Oberschlesien-Bericht.

Erst am Sonnabend vor dem Rat.

Die Verhandlungen über den Bericht des japanischen Vertreters als Berichterstatter des Rates über den Oberschlesienbericht der polnischen Regierung sind zurzeit noch im Gange. Der Oberschlesienbericht wird am Sonnabend im Völkerbundsrat zur Sprache kommen.

Auf polnischer Seite werden gegenwärtig alle diplomatischen Mittel angewandt, um durch Annahme des Berichts die gesamte oberschlesische Frage vor dem Völkerbundsrat als endgültig erledigt erklären zu können. Dagegen wird von deutscher Seite nach wie vor der Standpunkt vertreten, daß der polnische Bericht völlig ungenügend ist und eine Annahme nicht in Frage kommen kann.

*

Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands?

Durch Sachverständige der B.J.Z.

Ein Baseler Blatt verbreitet die Meldung — die sich anscheinend auf amerikanische Informationen stützt — die Regierung Brüning beabsichtige, die B.J.Z. zu ersuchen, einen Sachverständigenausschuß nach Deutschland zu entsenden, der ein Gutachten über die deutsche Zahlungsfähigkeit erstatten solle. An Berliner zuständiger Stelle ist von derartigen Absichten nichts bekannt.

Die Preisentwicklung für Nahrungsmittel.

Schiele verteidigt seine Politik.

Reichsernährungsminister Schiele sprach vor Vertretern der Presse über die Brotpreisbildung und die Getreidepolitik der Reichsregierung. Er führte etwa folgendes aus:

Das Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft vom April 1930 sah vor, daß der Zoll für Getreide gesenkt oder erhöht wird, je nachdem die Preispolitik auf dem Getreidemarkt es erfordere. Im März 1931 wurde dies dahin ergänzt, daß die Reichsregierung der Erhöhung des Brotpreises vorbeugen solle. Der Durchschnittspreis für Brot betrug vom Oktober 1930 bis zum März 1931 37,34 Pf., im April 37,79 Pf. Die Feststellung am 6. Mai hat eine Erhöhung um ungefähr 1 Pf. ergeben. Als seinerzeit die Erhöhung der Preise für Roggen und Roggenmehl eine Erhöhung des Brotpreises nach sich zog, hat die Reichsregierung sofort eingegriffen. Bei Abschluß der diesjährigen Kampagne im August dürften etwa noch 300 000 bis 400 000 Tonnen Roggen vorhanden sein. Die Reichsregierung hat im übrigen im Auslande noch eine eiserne Reserve, die sich in Rotterdam befindet. Im März 1931 ist der Vermahlungszwang von 60 auf 70 Prozent festgesetzt worden. Ferner sind zollpolitische Maßnahmen für den Weizen durchgeführt. Im übrigen ist eine

weitere Lockerung des Brotgesetzes

ins Auge gefaßt worden, die sich schon in nächster Zeit auswirken dürfte.

Schiele ging dann auf den Streit um den Berliner Brotpreis und wandte sich gegen die Behauptung, daß eine neue Teuerungswelle drohe. Er wies darauf hin, daß zwar seit